Herr Diwo erklärt, dass der vorliegende Entwurf zweimal im Ältestenrat erörtert wurde. Mit wechselseitigem Nachgeben sei schließlich eine Fassung entstanden, der man zustimmen könne. Dies werde die CDU-Fraktion auch heute tun.

Bürgermeister Dr. Storch nimmt zur Zuständigkeitsordnung aus seiner Sicht Stellung. In der Synopse seien Passagen dargestellt, mit denen nach der Erörterung im Ältestenrat die Verwaltung „leben könnte“. Dies hieße aber allenfalls, dass man einen solchen Beschluss des Rates akzeptieren würde. Hieraus sei allerdings nicht zu folgen, dass man dies befürworte. Er sei nach wie vor für den in der Synopse dargestellten Verwaltungsvorschlag, der auch dem CDU-Vorschlag in vielerlei Hinsicht entgegenkomme. Die Einigung mit dem Ältestenrat beinhalte, dass man diesem Vorschlag zwar ohne rechtliche Bedenken zustimmen könne, sage aber noch nicht aus, dass man diesem auch zustimme. Er werde deshalb gegen den zum Beschluss anstehenden Vorschlag stimmen. Vielmehr sollen die Urheber der vorgesehenen Änderungen für diese Änderungen auch die alleinige Verantwortung übernehmen. Deshalb bitte er auch zu protokollieren, welche Fraktion wie abstimme.

Herr Jäckel stellt den Antrag, über den Vorschlag der Verwaltung abzustimmen. Dieser gehe einher mit deutlich weniger Verwaltungsaufwand. Es seien zügige Entscheidungen gefordert und der Verwaltungsaufwand zu minimieren. Bei den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung sammelten sich inzwischen einige 100 Überstunden. Die FDP sei grundsätzlich gegen eine weitere Bürokratisierung.

Der Bürgermeister geht kurz auf den FDP-Antrag ein und stellt fest, dass der CDU-Antrag der weitergehende sei, über den dann zuerst abzustimmen sei.

Herr Langer stellt für die Fraktion der Grünen klar, dass man gegen eine Änderung der Zuständigkeitsordnung votieren werde. Er stelle sich die Frage, wieso ein Änderungsvorschlag überhaupt erst vorgelegt worden sei. Die neue Landesregierung bestrebe, die Kompetenzen des Bürgermeisters zu erweitern. Außerdem verweise er auf das NKF. Einerseits verlagere man Entscheidungsprozesse auf untere Ebenen und unterstütze Produktverantwortlichkeit, andererseits erreiche man mit der vorgeschlagenen Änderung genau das Gegenteil.

Herr Tendler macht deutlich, dass es nicht um Misstrauen gegenüber der Verwaltung gehe, im Gegenteil, sie arbeite gut. Mit der Änderung wolle man allerdings Ausschüsse und Rat mehr an der Arbeit beteiligen und den Informationsfluss optimieren. Die Erfahrungen würden zeigen, ob die Änderung praktikabel sei. Der Rat sei autonom und jederzeit in der Lage, die Zuständigkeitsordnung wieder zu ändern.

Herr Jäckel macht deutlich, dass Entscheidungswege länger und unnötig blockiert werden.

Auch Herr Schmidt ist der Meinung, dass die Verwaltung hier in Teilen zu stark belastet wird. Deshalb werde auch die BfE der vorgesehenen Änderung nicht zustimmen.

Herr Diwo hält den Mehraufwand für vertretbar, da die Fallzahlen nicht so hoch seien, wie vermutet. Außerdem Sorge die Neufassung für mehr Transparenz. Inwieweit das Land seine Pläne bezüglich der Stärkung der Bürgermeister umsetze, bliebe zunächst abzuwarten. Im Zweifel sei die Zuständigkeitsordnung wieder zu ändern.

Im Anschluss benennen die einzelnen Fraktionen die Mitglieder der Vergabekommission. Die Besetzung ist aus der Beschlussformulierung ersichtlich.